

**ÖSTERREICH.NACHHALTIG.GESTALTEN**  
DIE IV-ZUKUNFTSSTRATEGIE  
FÜR WIRTSCHAFT, POLITIK UND GESELLSCHAFT



# ÖSTERREICH ERFOLGREICH UND NACHHALTIG GESTALTEN

Die Industriellenvereinigung (IV) vertritt mit ihren Mitgliedsunternehmen mit 500.000 Beschäftigten den produzierenden Sektor in Österreich, der mehr als ein Drittel der Wertschöpfung dieses Landes erarbeitet. Die wirtschaftspolitische und die gesellschaftspolitische Arbeit der Industriellenvereinigung ergänzen einander. Anliegen der IV ist ein produktives und zukunftsorientiertes Verhältnis von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Wirtschaft und Gesellschaft sind kooperierende Systeme: Die Realisierung unserer persönlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse und Wünsche verlangt nach einer gut funktionierenden Wirtschaft. Erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften findet idealer Weise in einer sozial konfliktfreien und solidarischen Gesellschaft statt.

Österreich braucht daher wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit, wie es die Europäische Union als eine ihrer wichtigsten Strategien bis 2010 festgelegt hat. Im Blick auf diese Vision gilt es, ein neues Verständnis politischen Handelns zu entwickeln, das folgende Dimensionen berücksichtigt:

- zum Ersten die Kooperation von etablierter Politik mit gesellschaftlichen Institutionen und der Wirtschaft,
- zum Zweiten eine in den wesentlichen Zukunftsfragen von den EU-Zielen abgeleitete Politik
- und zum Dritten die Berücksichtigung des Prinzips Nachhaltigkeit mit seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Komponenten.

Das vorliegende Papier – eine Weiterentwicklung des Industriemanifestes von 2001 – wendet sich daher nicht nur an die verantwortliche Politik, sondern versucht, nach dem neuen Denkmuster auch die gesellschaftlichen Institutionen und die Unternehmen selbst anzusprechen.

Der folgende Strategieplan mit seinen ehrgeizigen Zielen richtet sich nicht an eine bestimmte Regierung, denn die Perspektiven, die er aufzeigt, gehen weit über eine Legislaturperiode hinaus.

Zur Erreichung dieser Langfristziele hat Österreich die denkbar besten Voraussetzungen: seine Menschen, die für sich und ihre Kinder noch bessere Chancen wahrnehmen wollen und können.



*DI Peter Mitterbauer, Präsident der Industriellenvereinigung*

# ZUKUNFT BRAUCHT VERÄNDERUNG – 3X3 STRATEGIEN FÜR ÖSTERREICH

Österreich verfügt über gute Voraussetzungen, auch in Zukunft jene zentralen Ziele zu erreichen, die Menschen für ein zufriedenstellendes Leben anstreben: eine lebenswerte Umwelt, stabile soziale Beziehungen, hohe innere und äußere Sicherheit, hochwertige Arbeitsplätze, steigende Einkommen, ein abgesichertes Sozialsystem, hohe Lebensqualität. Allerdings bedarf es erheblicher Anstrengungen im Zusammenwirken von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, um diese Ziele zu erreichen und sicher zu stellen. Die Europäische Union hat dabei für unser Land eine doppelte Funktion: Sie ist Motor und Unterstützerin des kontinuierlichen Reform- und Erneuerungsprozesses und Maßstab für unsere Erfolge im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten.

Österreich muss in der EU auch die Chance wahrnehmen, von anderen Ländern zu lernen. Vorbilder sind etwa die skandinavischen Staaten, welche die Herausforderungen des Strukturwandels und der Nachhaltigkeit im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich gut gemeistert und überdurchschnittliche Erfolge bei der Wachstumspolitik und der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze erzielt haben.

## ÖSTERREICHS POSITION IN EUROPA VERBESSERN

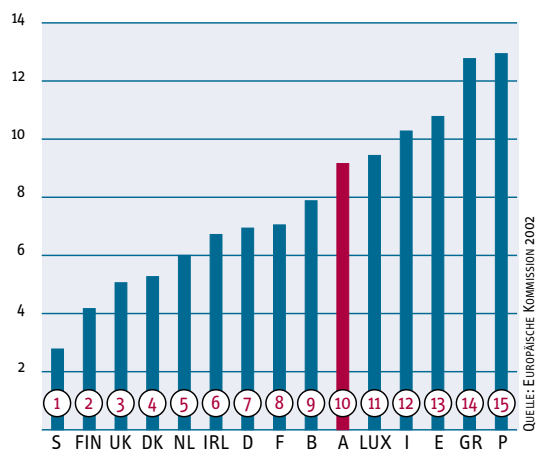
Die Europäische Union hat im Jahr 2000 mit der am Sondergipfel von Lissabon präsentierten Strategie einen Prozess gestartet, der Europa bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen soll. Zwei zentrale Ziele stehen dabei im Mittelpunkt: Erstens der erfolgreiche Übergang in eine wissensbasierte Wirtschaft, der mehr

Wachstum durch eine entsprechende Kombination makroökonomischer und struktureller Politiken bringen soll; zweitens die Modernisierung des europäischen Sozialmodells.

Diese Herausforderungen gelten für Österreich in besonderem Maß. In einer Stärken-Schwächen-Analyse im Rahmen der Lissabonstrategie liegt Österreich als fünftreichstes Land der EU an 8. Stelle. Wir verfügen zwar über ein hohes Pro-Kopf-Einkommen, sind Spit-

### EU-INNOVATIONSANZEIGER 2002

Durchschnittliche Einzelplatzierung bei 17 Innovationsindikatoren



Österreich wurde 2002 von Belgien überholt und rutschte auf den 10. Platz

zenreiter im ökologischen Engagement und liegen auf dem dritten Platz bei der Qualität der sozialen Absicherung der Menschen, weisen aber in anderen Bereichen erhebliche Defizite auf: eine zu hohe Steuer- und Abgaben- sowie Staatsausgabenquote, eine zu geringe Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine niedrige Innovationsbereitschaft und hohe Energie- und Telekompreise. Ergebnis dieser Schwächen sind ein im EU-Vergleich unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und eine zu geringe Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Das ist ein Negativ-Trend, der sich umkehren muss, auch weil bei linearer Fortsetzung des heutigen Kurses die hohen Sozial- und ökologischen Standards nicht zu finanzieren wären.

## **EIN INTEGRATIVER ANSATZ FÜR EINE NEUE POLITIK**

Österreich hat die Chance und Stärke, die europäischen Herausforderungen zu bewältigen – und es hat die Menschen, welche diese Chance verdienen und verwirklichen können. Dazu braucht es allerdings ein neues Verständnis politischen Handelns und die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte: Wirtschaft und Politik, Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zivilgesellschaftliche Organisationen und Interessenvertretungen: Österreichs große Ziele brauchen die Kooperation von Wirtschaft, etablierter Politik und Zivilgesellschaft.

Die von der Industriellenvereinigung geforderte und von den EU-Zielen abgeleitete neue Politik für Österreich läuft nicht auf eine Beseitigung bewährter Institutionen und Systeme hinaus: Es geht um Reformen zur Dynamisierung und Flexibilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und die nachhaltige Absicherung der Sozialsysteme und der lebenswerten Umwelt.

Unsere Zukunft sichern wir nicht dadurch, dass neoliberale, ökologisch-fundamentalistische und wohlfahrtsstaatliche Denkschulen einander bekämpfen, sondern durch einen integrativen Ansatz. Wir brauchen wirtschaftliche Dynamik, um damit soziale Stabilität und lebenswerte Umwelt sichern zu können. Die öffentliche Hand hat sozialen Schutz zu gewährleisten, aber in einer nachhaltig finanzierbaren und kosteneffizienten Weise und ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Industrie zu gefährden. Wir haben die Verpflichtung, unserer Nachwelt eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen – das geht nur unter Einsatz wettbewerbsorientierter, kosteneffizienter Instrumente.

## **ÖSTERREICH 2010: WER WAS TUN MUSS**

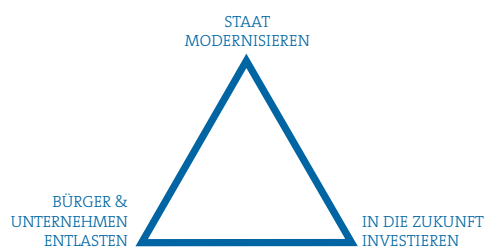
Eine neue Politik kennt mehr Handelnde als nur die politischen Parteien. Das vorliegende Papier richtet sich nicht nur an die verantwortlichen Politiker/innen, sondern an einen breiten Adressatenkreis:

- Die **Wirtschaft** selbst ist gefordert: Die Unternehmen des 21. Jahrhunderts müssen weiterhin die unverzichtbare Gewinn- und Wertsteigerung mit gesellschaftlicher Verantwortung vereinbaren. Das bedeutet, stets nach wirtschaftlicher Exzellenz sowie sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu streben.
- Jede und jeder **Einzelne** ist gefordert: Die Bewältigung des kontinuierlichen Strukturwandels verlangt selbstständige, unternehmerisch denkende Menschen: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Managerinnen und Manager und öffentlich Bedienstete, die der Zukunft nicht ängstlich gegenüberstehen, sondern Chancen eigenverantwortlich nützen.
- Die **Politik** ist gefordert: Sie muss durch eine Modernisierung des Staates, eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen – und durch die Sicherung der Zukunft (Investitionen!) die Entwicklungschancen unseres Landes optimieren.

#### DAS KONZEPT: 3X3 STRATEGIEN FÜR ÖSTERREICH 2010

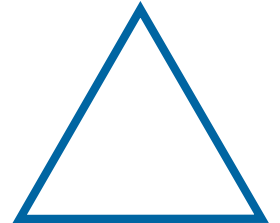
Das vorliegende Konzept – das einen Zeithorizont bis 2010 vorsieht – orientiert sich in Methodik und Gliederung gleichsam an „3x3“ Strategien:

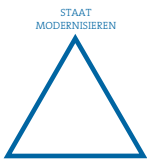
- Wir setzen die Tradition unseres 2001 präsentierten Industriemanifests fort und stehen dazu: Wir wollen den Staat modernisieren, Bürger und Unternehmen entlasten und in die Zukunft investieren. Diese drei Grundforderungen der IV bilden – in dieser Reihenfolge – die Gliederung des Programms.
- In jedem Themenfeld analysieren wir die Stärken und Schwächen Österreichs im Spiegel des europäischen Vergleichs und bringen Themen auf den Punkt, die Herausforderungen für Österreichs Zukunft darstellen. Wir suchen Lösungen für die Schwächen und zwar nicht nur im wirtschaftlichen Interesse: Zentrales Anliegen dieses Papiers ist es, Win-Win-Szenarien zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen.
- Wir bekennen uns zum Prinzip der Nachhaltigkeit. Wo immer es möglich ist, behandeln wir Themen in ihrer ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimension.



# STAAT MODERNISIEREN: VOM VATER STAAT ZUM PARTNER STAAT

STAAT  
MODERNISIEREN





# STAAT MODERNISIEREN: VOM VATER STAAT ZUM PARTNER STAAT

DIE ZUKUNFT DER VERWALTUNG BESTEHT IN EINER BÜRGERNAHEN, DIENSTLEISTUNGSORIENTIERTEN UND EFFIZIENTEN PARTNERSCHAFT ZWISCHEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN, WIRTSCHAFT UND ÖFFENTLICHER ADMINISTRATION. DIE ZEITEN DES SYSTEMS DER „OBRIGKEITSVERWALTUNG“ SIND VORBEI – DIE ZUKUNFT GEHÖRT DEM „PARTNER STAAT“.

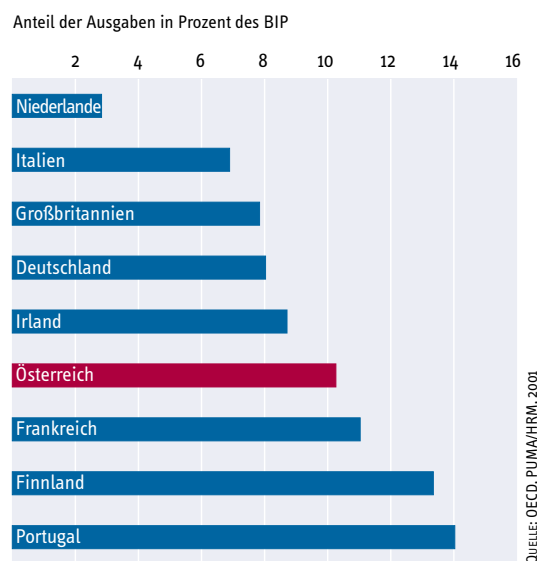
## PARTNER STAAT

Die internationale Diskussion darüber, wie ein zeitgemäßes Staatsverständnis aussehen soll, wurde in den vergangenen Jahren von vielfältigen Attributen geprägt: Der Staat soll, je nach theoretischem oder politischem Ansatz, „schlank“, „innovativ“, „stark“, „verhandelnd“ oder „aktivierend“ sein.

Hinter all diesen Begriffen steht die breit vertretene Überzeugung, dass aus einem einstmals strikt hierarchisch geprägten Verhältnis zwischen Staat und Untertanen ein partnerschaftliches Miteinander zwischen Staat und Bürgern werden muss. Der Staat muss für die Bürgerinnen und Bürger da sein – nicht umgekehrt. Auf diese Weise kann zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein staatsbürgerlicher

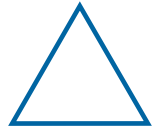
Konsens errungen werden. Der Staat muss sich als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger und für Unternehmen auf seine Kernaufgaben konzentrieren – und diese exzellent wahrnehmen. Wirtschaftlich erfolgreiche Staaten der jüngeren Vergangenheit verfügen über eine schlanke, aber effiziente Verwaltung. Während in Österreich die Ausgaben für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten mehr als 10 % des BIP betragen, liegen viele EU-Staaten deutlich darunter.

## BEAMTE: TROTZ VERBESSERUNGEN NOCH IMMER HOHE AUSGABEN FÜR ÖFFENTLICH BESCHÄFTIGTE



## STAATSQUOTE AUF EU-DURCHSCHNITT REDUZIEREN

- Österreich weist mit einer Staatsausgabenquote am BIP von 52,5% (2001) im EU-Vergleich einen überdurchschnittlich hohen Wert aus.
- In einem Ranking, das die Behinderung wirtschaftlicher Aktivitäten durch Bürokratie dokumentiert, liegt Österreich 2002 im Mittelfeld der EU-Mitgliedstaaten.
- In der Anwendung von e-government, wo wir oft meinen, Spitzenreiter zu sein, erzielen acht EU-Mitgliedstaaten ein besseres Ergebnis als Österreich.



Diese Daten belegen, dass in Österreich der Staat nach wie vor einen zu hohen Anteil der öffentlichen Mittel beansprucht. Eine Senkung der Staatsausgaben bedeutet keineswegs die von manchen befürchtete „Zerschlagung“ des bewährten österreichischen Sozialsystems. Sie ist durch eine Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben und durch eine effizientere öffentliche Verwaltung möglich.

## VOM TEUREN VERSORGUNGS- ZUM EFFIZIENTEN DIENSTLEISTUNGSSTAAT

Österreich muss sich von einem überregulierten Versorgungsstaat zu einem Dienstleistungsstaat entwickeln, in dem jeder Einzelne mehr persönliche Freiheit und Verantwortung wahrnehmen kann. Dies bedeutet nicht, Verantwortung und Kosten abzuwälzen, sondern den Wunsch einer steigenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern nach mehr Eigenverantwortung und Selbststeuerung ernst zu nehmen.

Die Herausforderung besteht nun darin, mit weniger öffentlich Bediensteten und einer neuen Aufgabenstruktur die Effizienz der staatlichen Verwaltung zu steigern. Neben dem Rückzug des Staates auf Kernbereiche ist die Einbindung von Privaten im Rahmen von „Gewährleistungsaufgaben“ erforderlich.

Durch e-government werden Verwaltungstätigkeiten und Behördenkontakte effizienter und kostengünstiger. Wesentlich sind die Neuverteilung von Aufgaben im föderalen System und Überlegungen zu einem „Finanzausgleich neu“.

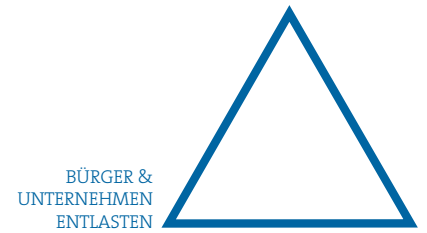
## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

---

- **Unternehmen** unterstützen den Transfer von Management-Know-How an staatliche Einrichtungen.
- **Einzelpersonen wie Unternehmen** nehmen mehr Verantwortung wahr – Selbstbindungs- und Selbstkontrollsysteme werden ausgebaut und weiter entwickelt.
- Die **Politik** stellt sicher, dass Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgabenverteilung neu ordnen und sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert. Für die Erreichung anderer wichtiger gesellschaftlicher Zielsetzungen hat der Staat Verantwortung zu tragen, die Umsetzung ist soweit wie möglich Privaten zu überlassen.
- Konsequente und professionelle Durchführung des Österreich Konvent, der die Kernaufgaben des Staates definieren und durch eine Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für Exzellenz in diesen Kernbereichen sorgen soll.
- Eine verpflichtende Gesetzesfolgekostenabschätzung soll – gemäß deutschem Beispiel – Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft ermitteln, um Fehlregulierungen zu vermeiden.
- Einführung eines – nach betriebswirtschaftlich-kostenrechnerischen Prinzipien aufgebauten – Controlling Systems für die öffentliche Verwaltung unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft.
- Die Einzelinitiativen im Bereich des e-government sind so rasch wie möglich im Rahmen eines Gesamtkonzeptes umzusetzen.



# BÜRGER UND UNTERNEHMEN ENTLASTEN: UNTERNEHMERLAND ÖSTERREICH



# DIE UNTERNEHMERISCHE HERAUSFORDERUNG

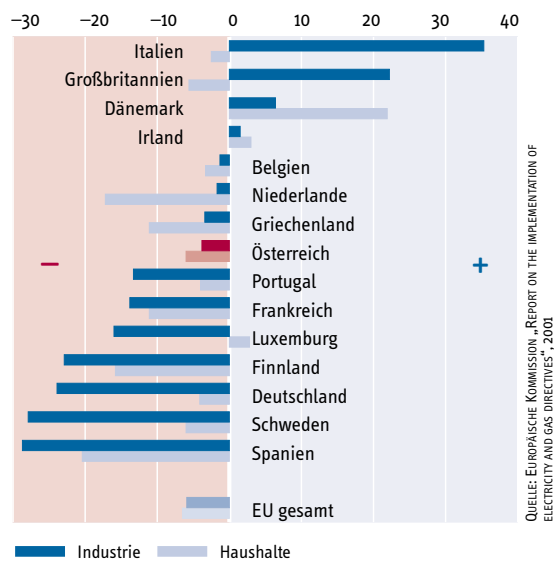
UNTERNEHMERISCH ZU DENKEN UND ZU  
HANDELN HEIßT, CHANCEN ZU ERKENNEN  
OHNE DIE RISKEN AUS DEN AUGEN ZU  
VERLIEREN, LEISTUNGSORIENTIERT ZU  
ARBEITEN UND AN DIE EIGENE  
LEISTUNGSFÄHIGKEIT ZU GLAUBEN. DIESE  
GRUNDSÄTZE GELTEN FÜR DIE ÖFFENT-  
LICHE VERWALTUNG, DIE GESTALTUNG  
DER BERUFLICHEN KARRIERE JEDES  
EINZELNEN UND NATÜRLICH FÜR  
UNTERNEHMEN IM ENGEREN SINN.

## ÖSTERREICH IM WETTBEWERB

Österreich befindet sich als Wirtschaftsstandort in einer globalen Wettbewerbssituation. Unser Abschneiden in diesem Wettbewerb bestimmt unsere wirtschaftliche Zukunft, die Qualität und Zahl der Arbeitsplätze, die Höhe der Einkommen. Im Standortwettbewerb kooperieren Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die öffentliche Hand: Von allen Beteiligten ist unternehmerisches Denken und Handeln gefordert. Auf dem Weg zur „Unternehmergesellschaft“ mangelt es in Österreich teilweise an einem attraktiven Umfeld: Österreich zählt zwar zu den wohlhabendsten Ländern der EU, aber längst nicht mehr zu den am raschest wachsenden Volkswirtschaften. Unsere Hauptschwächen sind zu hohe Preise öffentlicher Leistungen, hohe Energie- und Telekompreise und ungenügende Investitionen in neue Technologien und Biotechnologie, zu geringe Einbeziehung privater Initiative und privaten Kapitals (z.B. Siedlungswirtschaft, Infrastruktur) und zu wenig Risikokapital für Unternehmen.

### ENERGIELIBERALISIERUNG: ÖSTERREICH HAT NUR MINIMAL PROFITIERT

Veränderung des Strompreises in Prozent (1996 bis 2001)



## ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN

Erfolgreiches Unternehmertum kann sich nur in einem wettbewerblichen Umfeld entwickeln: Marktliberalisierung, Ausgliederungen aus der öffentlichen Verwaltung und die Einbeziehung privater Initiativen und privaten Kapitals sind daher zu forcieren. Die Befürchtung, dass Wettbewerb und privates Engagement in bisher geschützten Bereichen zu Qualitätsverschlechterungen oder gar zum Ausschluss einiger Bevölkerungsgruppen aus der Versorgung mit Basisleistungen führt, ist in Österreich unbegründet: Es geht beispielsweise nicht um die Privatisierung von Infrastruktur, sondern nur um die Einbeziehung Privater in die Errichtung und Betreibung dieser Infrastrukturen. Die Leistungsvorgaben dazu kommen weiterhin von der öffentlichen Hand, die auch die politische Verantwortung behält.

## PROBLEMFELDER, DIE WACHSTUM VERHINDERN

- In Österreich sind zahlreiche erfolgreiche und umweltbewusste Unternehmen mit hohem Energieverbrauch tätig. Erste Energiepreissenkungen dank Marktliberalisierung dürfen aus Wettbewerbs- und Arbeitsplatzgründen nicht durch überhöhte Durchleitungsgebühren und Ökozuschläge konterkariert werden.
- Österreich gehört zu den Schlusslichtern bei Venture-Capital und bei der Börsenkapitalisierung. Eine adäquate Unternehmensfinanzierung, insbesondere auch für junge, rasch wachsende Unternehmen, ist ein wesentlicher Faktor für eine Stärkung des „Unternehmerlandes Österreich“.
- Die schweren Versäumnisse beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den 90er Jahren müssen durch eine rasche Umsetzung der im Generalverkehrsplan angeführten Projekte korrigiert werden. Dabei sind besonders die Anbindungen an die benachbarten Erweiterungskandidaten zu priorisieren, ebenso wie die Realisierung des Brennerbasistunnels. Eine vorgezogene Umsetzung verlangt einerseits eine deutliche Verkürzung der Genehmigungsverfahren, andererseits die Heranziehung privater Initiativen und privaten Kapitals im Rahmen von Public-Private-Partnerships.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

---

### Unternehmen müssen

- Public-Private-Partnerships als Wachstumschance erkennen und sich dabei (z.B. Errichtung und Betrieb von Anlagen der Siedlungswasserwirtschaft; Personennahverkehr, Schienen- und Straßeninfrastruktur) stärker anbieten.
- Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) müssen sich verstärkt mit dem Thema Beteiligungsfinanzierungen auseinandersetzen.

Der/die **Einzelne** ist aufgefordert, das Preis-Leistungsverhältnis öffentlicher Leistungen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls nach Alternativen zu suchen.

Aufgabe der **Politik** ist es, durch eine effektive Liberalisierung des österreichischen Energie- und Telekommarktes die Energie- und Telekompreise auf ein europäisches Durchschnittsniveau zu bringen.

- Die Verkehrsinfrastrukturprojekte des Generalverkehrsplans müssen unter dem Einsatz von Public-Private-Partnership-Modellen mit besonderer Priorisierung der Anbindungen an die angrenzenden Beitrittsländer und des Brennerbasistunnels rasch realisiert werden.
- Die bestehende Infrastruktur muss durch optimale Verkehrsorganisation und den verstärkten Einsatz von Telematik effizient genutzt werden.
- Die kostengünstige Kreditfinanzierung von Unternehmen im Rahmen von Basel II muss sichergestellt werden.
- Der Standort Österreich braucht ein tragfähiges Konzept für eine langfristige Absicherung der österreichischen Börse bei gleichzeitiger Einbindung in einen größeren europäischen Raum.

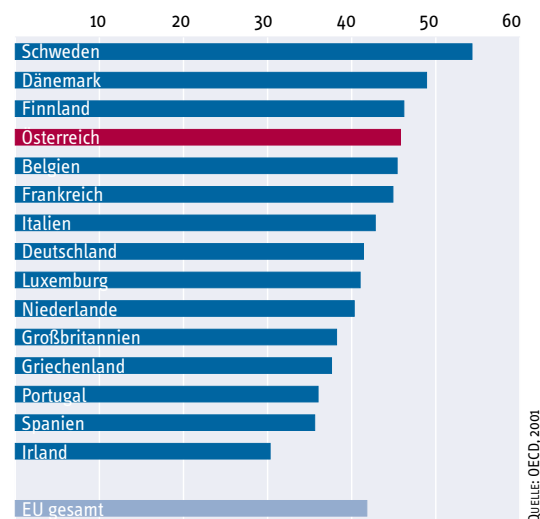
## SPIELRÄUME DURCH EINE STEUER- UND ABGABENREFORM SCHAFFEN

ÖSTERREICH KANN IM INTERNATIONALEN STANDORTWETTBEWERB NUR DANN ERFOLGREICH SEIN, WENN ES AUCH IM INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERB BESTEHT. EIN STANDORTFREUNDLICHES STEUER- UND ABGABENSYSTEM MUSS DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN SOWIE DEN UNTERNEHMEN NACH STEUERN MEHR SPIELRAUM FÜR INVESTITIONEN LASSEN. DAS IST DIE GRUNDLAGE FÜR DIE ERHALTUNG BESTEHENDER UND DIE SCHAFFUNG NEUER ARBEITSPLÄTZE. DIE MODERNISIERUNG DES STAATES BIRGT ENORMES EINSPARUNGSPOTENTIAL. WENN DIESES POTENTIAL GENÜTZT WIRD, IST EINE STEUER- UND ABGABENREFORM MÖGLICH, DIE FÜR UNTERNEHMEN SOWIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER JENE SPIELRÄUME SCHAFFT, DIE SIE DRINGEND BRAUCHEN – FÜR IHRE EIGENE ENTFALTUNG UND IM INTERNATIONALEN WETTBEWERB!

### STEUER- UND ABGABENENTWICKLUNG GEFÄHRDET STANDORTQUALITÄT

Österreich hat im Jahr 2001 mit 45,8% die bisher höchste Gesamtabgabenquote ausgewiesen. Nur durch primär einnahmenseitige Maßnahmen wurde ein ausgeglichener öffentlicher Haushalt erreicht. Diese hohe Abgabenquote schlägt auch auf

**ABGABENQUOTE 2001:  
ÖSTERREICH IM ABSOLUTEN SPITZENFELD**



die Unternehmensbesteuerung durch. Österreich liegt im internationalen Vergleich der Körperschaftsteuersätze zwar noch im Mittelfeld, hat seinen Standortvorteil durch die Steuerreform 1994 (Abschaffung der Gewerbe- und Vermögenssteuer) gegenüber anderen EU-Staaten aber mittlerweile verloren. Das ist eine Folge der Verbesserung der Unternehmensbesteuerung in anderen Staaten und der heimischen Budgetsanierung.

Überwiegend durch einnahmenseitige Maßnahmen wurde mit einem Budget ein ausgeglichener Haushalt erreicht. Seither ist die Gesamtabgabenquote wieder leicht gesunken, der Budgetsaldo hat sich auch als Folge des geringen Wachstums wieder verschlechtert. Ein wesentlicher Standortnachteil ist die hohe Quote der lohnsummenabhängigen Steuern, bei denen Österreich – nach Schweden – mit 2,7 % des BIP in der EU den zweithöchsten Wert aufweist. Zusammen mit den Sozialversicherungsbeiträgen, die ebenfalls die Arbeitskosten unmittelbar beeinflussen, liegt Österreich bei den arbeitskostenwirksamen Abgaben deutlich über dem EU-Durchschnitt (WIFO 2002). Auch bei Gebühren und Verbrauchssteuern liegt Österreich deutlich über den Niveaus anderer Länder.

### STEUER- UND ABGABENQUOTE AUF 40 % SENKEN

Österreich muß die Abgabenlast auf Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger insgesamt massiv absenken. Das hat im Zuge einer Senkung der Gesamtabgabenquote bis zum Jahr 2010 auf 40 % des BIP zu geschehen. Zugleich muss auch die Steuerstruktur wesentlich geändert und an die wichtigen Mitbewerber angepasst werden. Dies erfordert eine Reduzierung der auf Arbeit lastenden Abgaben, insbeson-

dere der lohnsummenabhängigen Abgaben wie Wohnbauförderungsbeitrag, Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleich und Kommunalsteuer. Damit wird auch der Analyse der EU entsprochen, die in der hohen Abgabenbelastung der Arbeit ein wesentliches Hindernis für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sieht. Das österreichische Steuersystem muss darüber hinaus vereinfacht und modernisiert werden. Auf international unübliche oder unüblich hohe Steuern ist zu verzichten, während Investitionen in die Zukunft steuerlich unterstützt werden müssen. Die Senkung der Steuer- und Abgabenquote muss mit einer nachhaltigen ausgabenseitigen Budgetsanierung vernetzt sein.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

---

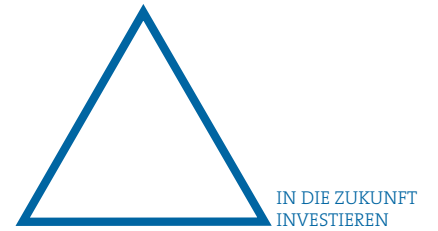
Auf dem Weg zu einer aktiveren Zivilgesellschaft müssen **Unternehmen** und **Einzelpersonen** eine differenzierte und ausgewogene Sichtweise dazu entwickeln, welche Leistungen vom Staat zu verlangen oder durch Eigenleistungen durchführbar und finanzierbar sind.

Aufgaben der **Politik** sind:

- Kompensation der – durch die Abschaffung des Investitionsfreibetrages bewirkten – Steuererhöhung durch eine Reduktion des Körperschaftssteuersatzes auf 31% und in weiterer Folge auf unter 30% (im Rahmen der Senkung der Gesamtabgabenquote).
- Schaffung einer modernen Gruppenbesteuerung anstelle der Organschaft, die den betriebswirtschaftlich notwendigen Konzernstrukturen Rechnung trägt und diese nicht behindert.
- Firmenwertabschreibung auch bei Beteiligungserwerb, um dem Eingehen unternehmerischen Risikos Rechnung zu tragen.
- Erleichterung der Internationalisierung vor allem durch Berücksichtigung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften.
- Bildungsfreibetrag auch für unternehmensinterne Bildungsmaßnahmen.
- Senkung der lohnsummenabhängigen Abgaben.
- Eigenkapitalstärkende Begleitmaßnahmen zu Basel II.
- Das Niveau der Verbrauchssteuern soll an das der unmittelbaren Konkurrenzländer angepasst werden.
- Strukturpolitische Austriaca (v.a. Rechtsgeschäftsgebühren) sollen beseitigt werden.



# IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN: OFFENHEIT FÜR NEUES



# BILDUNGSQUALITÄT BRINGT WACHSTUMSCHANCEN

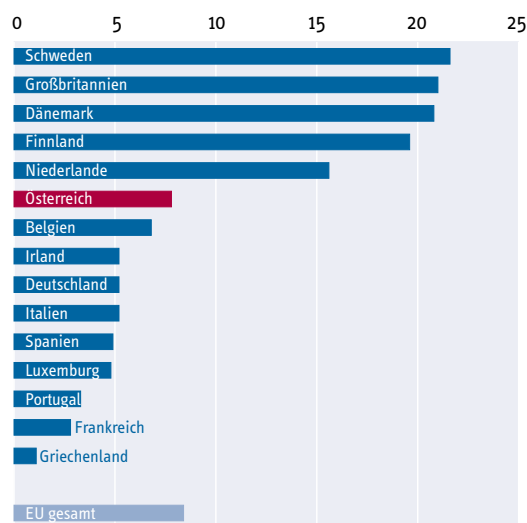
BILDUNG, WISSEN, KREATIVITÄT, INNOVATION SIND HEUTE DER WICHTIGSTE „ROHSTOFF“ EINES LANDES, UM WOHLSTAND UND ARBEITSPLÄTZE ABZUSICHERN. INSBESONDERE BILDUNG IST DARÜBER HINAUS EIN TRAGENDER PFEILER VON MARKTWIRTSCHAFT UND DEMOKRATIE: BILDUNG BIETET CHANCENGERECHTIGKEIT UND DAMIT DIE FÜR EINE DEMOKRATIE UND EINE DYNAMISCHE WIRTSCHAFT UNVERZICHTBARE SOZIALE MOBILITÄT. BILDUNG IST DIE GRÖßTE GESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNG, WOBEI ZWISCHEN PERSÖNLICHER ENTWICKLUNG UND DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EINER GESELLSCHAFT EIN ENGER ZUSAMMENHANG BESTEHT. BILDUNGSSCHANCEN SIND IMMER AUCH INDIVIDUELLE UND GESELLSCHAFTLICHE WACHSTUMSCHANCEN.

## SCHWÄCHEN BESEITIGEN, STÄRKEN AUSBAUEN

Europa will bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Schritt für Schritt gestalten die europäischen Länder einen europäischen Bildungsraum, in dem Strukturen angenähert, Abschlüsse anerkannt und Mobilitätshürden abgebaut werden. Europäische Vernetzung bedeutet aber auch, dass nicht überall alles angeboten werden kann und muss. Folgen dieser Arbeitsteilung in der Wissensgesellschaft sind der Aufbau neuer grenzüberschreitender Netzwerke sowie die Notwendigkeit höherer Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern, Forscherinnen und Forschern.

### TEILNAHME AM LEBENSLANGEN LERNEN: ÖSTERREICH BRAUCHT MEHR ENGAGEMENT BEI WEITERBILDUNG!

Anteil in % in der Altersklasse 25 bis 64 Jahre



Österreich liegt bei den öffentlichen Bildungsausgaben im EU-Vergleich auf dem dritten Platz. Im Innovation Scoreboard liegt es bei allen Indikatoren zum Thema Human Resources jedoch deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Auch die PISA-Studie zeigt, dass der Ertrag der Bildungsbemühungen hinter dem Aufwand zurückbleibt.

## DIE NEUEN BILDUNGSHerausforderungen

- Der Wettbewerb um die besten Köpfe, um die besten Bildungseinrichtungen und die effizientesten Strukturen bei höchster Qualität nimmt deutlich zu.
- Neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) verändern Inhalte, Art, Umfang und auch den Umgang mit Bildung.
- Steigende Anforderungen und die Veränderungen in der Arbeitswelt verlangen von allen – im Sinne der Lebensgestaltung und der Erhaltung der eigenen „Employability“ – lebenslanges Lernen als Priorität.

Bildung ist allerdings nicht nur ein ökonomisches, sondern vor allem ein kulturelles Gut. Dies ist von der Bildungspolitik entsprechend zu berücksichtigen. Die Vermitt-

lung von Bildung muss effektiv und kosteneffizient erfolgen, und es müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, jene für eine Teilnahme am produktiven Arbeitsprozess zu qualifizieren, die gegenwärtig ohne Beschäftigung sind.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

---

**Unternehmen** müssen die Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu betrieblicher und außerbetrieblicher Weiterbildung durch entsprechende Incentives und Ausgaben steigern.

Jede und jeder **Einzelne** muss mithelfen, das eigene Qualifikationsprofil an die Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen und damit seine „Employability“ zu sichern.

Die **Politik** muss verbesserte steuerliche Anreize für Unternehmen setzen, in das Humankapital der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren.

- Es braucht eine konsequente Evaluierung und Modernisierung des Bildungssystems und seine Orientierung an den Zukunftsanforderungen.
- Vergleichbare Leistungsstandards im Schulwesen müssen eingeführt und das Qualitätsmanagement muss verbessert werden.
- Die Rahmenbedingungen für den wichtigen Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers müssen neu gestaltet werden: Den pädagogischen Fähigkeiten zur Ausbildung der individuellen dynamischen Talente der Schülerinnen und Schüler muss mehr Gewicht zukommen.
- Schulautonomie, schulpartnerschaftlichen Entscheidungsstrukturen und damit auch Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schule, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen ausgebaut werden.
- Adäquate Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen sind zu schaffen.
- Das bedeutet auch, dass die Entwicklung zu autonomen Universitäten und Hochschulen im Sinne einer ganzheitlichen Hochschulplanung und -strategie weiter vorangetrieben werden muss.
- Bildungstechnologien müssen weiter massiv gefördert werden.
- Die Umschichtung finanzieller Mittel von der Aus- zur Weiterbildung wird unvermeidbar.
- Eine neue Aufgabenteilung mit der EU wird notwendig.

# INNOVATION STÄRKEN

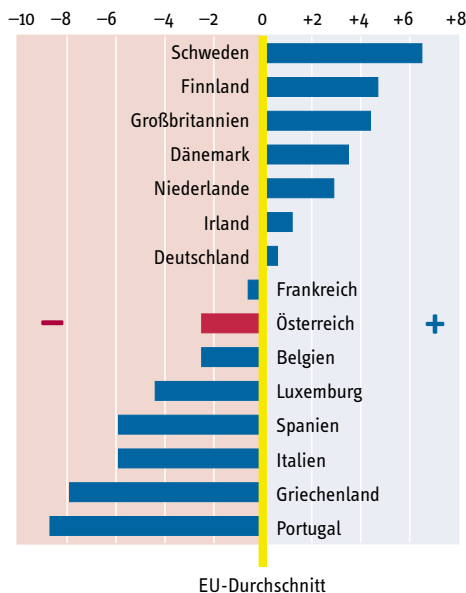
IN FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION KANN ÖSTERREICH ZU DEN BESTEN GEHÖREN UND DIE EIGENE ZUKUNFT GESTALTEN. IN DIESE BEREICHE ZU INVESTIEREN SCHAFFT DIE VORAUSSETZUNGEN, AUF DENEN DER ERFOLG VON MORGEN AUFBAUT: FÜR UNTERNEHMEN, EINZELPERSONEN UND DIE GESELLSCHAFT.

## FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG ALS MOTOR DES FORTSCHRITTS NUTZEN

Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sind die entscheidenden Investitionen für Österreichs Wirtschaftskraft und Wettbewerbsstärke. Für

### ÖSTERREICH IST BEI INNOVATIONSLEISTUNGEN UNTER DEM EU-DURCHSCHNITT

Innovationsleistungen der EU-Mitgliedstaaten gewichtet nach 17 ausgewählten Indikatoren



die Zukunft von Wachstum und Wohlstand kommt es vor allem auf die Innovationsfähigkeit der österreichischen Unternehmen an. Im EU-Benchmarking zeigt Österreich im Innovationsbereich jedoch deutliche Schwächen und liegt derzeit nur auf dem 10. Platz.

Forschung und Entwicklung mögen für viele Bürgerinnen und Bürger Bereiche darstellen, die kaum etwas mit ihrem Lebensumfeld zu tun haben. Tatsächlich sind Forschung, Entwicklung und Innovation der Motor unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts schlechthin.

Innovationskraft verlangt kreative, für Neues aufgeschlossene und sehr gut ausgebildete Menschen. Der Wettbewerb um die besten Köpfe ist bereits voll im Gang. Österreich muss sich rasch als attraktiver Arbeitsort für Schlüsselkräfte und Talente positionieren. Das bedeutet vor allem, die Chancen der Universitätsreform zu nutzen, für forschungsintensive Unternehmen attraktiv zu sein und die notwendigen öffentlichen Mittel für die Forschungsförderung bereitzustellen.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

### Unternehmen müssen

- die Chancen von F&E und der neuen Technologien nützen und dabei verstärkt mit anderen Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen kooperieren.
- sich stärker im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ engagieren, denn eine Erhöhung der F&E-Quote ist nur dann möglich, wenn es genügend hoch qualifizierte und motivierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Technikerinnen und Techniker gibt.

### **Bürgerinnen und Bürger:**

- Jede und jeder Einzelne muss eine stärkere Bereitschaft zu Innovation und Mobilität in Bildung und Beruf entwickeln.

### Die **Politik** muss

- junge Menschen und besonders auch Frauen für Naturwissenschaft und Technik begeistern und die grenzüberschreitende Mobilität von Forschungspersonal fördern.
- Österreich muss offensiv den Nachwuchs an Pionieren in Wissenschaft und Forschung fördern und Rückholprogramme für ausgewanderte Forscher umsetzen.
- Die F&E-Budgets der zuständigen Ministerien sind anzuheben, wobei auf eine möglichst hohe Hebelwirkung für die F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors zu achten ist.
- Die Forschungsförderung muss im Rahmen einer Nationalstiftung zum Teil auf eine budgetunabhängige Basis gestellt werden, um Planungssicherheit zu gewährleisten.
- Die über Ressorts und Gebietskörperschaften verstreuten Forschungs- und Technologiekompetenzen müssen durch eine Dachorganisation gebündelt werden.
- Österreich muss zudem im Bereich der Biowissenschaften den Unternehmen ein technologieorientiertes, langfristig stabiles Umfeld schaffen.

# DIE ZUKUNFT DER ERWERBSARBEIT

DIE NEUE ARBEITSWELT BRINGT FÜR UNTERNEHMEN UND FÜR ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER ÜBERWIEGEND POSITIVE ENTWICKLUNGEN: STATT KÖRPERLICH ANSTRENGENDER ARBEIT PRÄGEN DIE NUTZUNG MODERNER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN, ANSPRUCHSVOLLERE ARBEITSPLÄTZE UND EINE MODERNE ARBEITSZEITGESTALTUNG DAS BILD.

## ARBEITSKRÄFTEPOTENZIAL BESSER NUTZEN

Österreich weist eine stolze Bilanz bei der Zunahme der Beschäftigung auf: Über 3,1 Millionen unselbständig Beschäftigte sind derzeit in Österreich tätig, davon sind 1,7 Millionen Männer und 1,4 Millionen Frauen. Im europäischen Vergleich zeigen sich jedoch auch massive Defizite: Die flexible Gestaltung der Arbeitszeit wird zu wenig genutzt, es gibt einen Mangel an Fachkräften und die Arbeitszusatzkosten erreichen Spitzenwerte. Eine stärkere Beteiligung der Frauen an qualifizierten Arbeitsplätzen ist – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung – ebenso notwendig wie eine längere Beschäftigung der Menschen. Den massiven Veränderungen in der Arbeitswelt muss durch entsprechende Maßnahmen, wie sie auch die Europäische Union für die Mitgliedstaaten skizziert, Rechnung getragen werden.

## ARBEITSZEIT WEITER FLEXIBILISIEREN, BESCHÄFTIGUNGSQUOTE ERHÖHEN

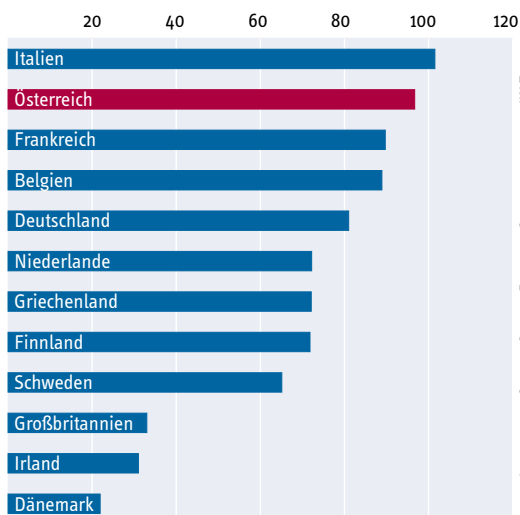
Durch sinnvolle Modelle der Arbeitszeitflexibilisierung kann sowohl den Bedürfnissen von Unternehmen als auch denen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entgegengekommen werden. In der betrieblichen Praxis können weitreichende gesetzliche Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit derzeit nur in eingeschränktem Ausmaß genutzt werden, weil die meisten Flexibilisierungsmodelle der Zulassung durch den Kollektivvertrag bedürfen.

Durch eine weitergehende Erleichterung des Fachkräftezuzugs für Drittstaatsangehörige, insbesondere auch für Arbeitskräfte aus den Kandidatenländern der EU-Erweiterung,

ist eine Milderung des Fachkräftemangels zu erreichen.

## LOHNNEBENKOSTEN: PLATZ 2 FÜR ÖSTERREICH

Lohnnebenkosten in der Sachgüterproduktion

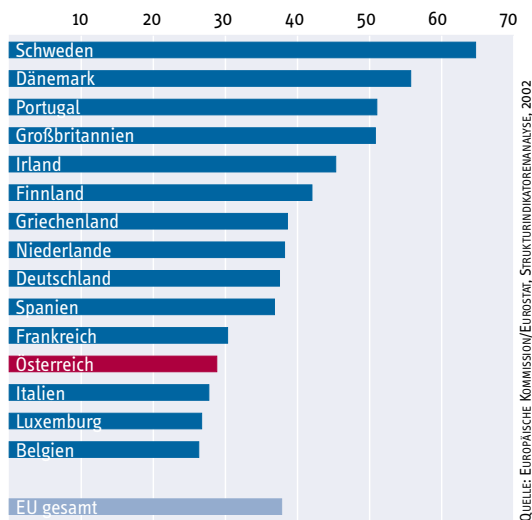


QUELLE: INTERNATIONAL OUTLOOK, SWEDISH EMPLOYERS CONFEDERATION, 2000; IW-TRENDS, INSTITUT FÜR DEUTSCHEN WIRTSCHAFT KÖLN, 1999; WKO-BERECHNUNGEN

Die für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wichtigen Lohnkosten werden maßgeblich durch die Höhe der Lohnnebenkosten bestimmt. Die Lohnnebenkosten sind aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter relevant, da hohe Lohnnebenkosten das Potential für das direkt ausbezahlte Einkommen schmälern. Eine Reduktion dieser Arbeitszusatzkosten ist daher unerlässlich.

## PENSIONS- PARADIES ÖSTERREICH

Beschäftigungsquote in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre



Eine stärkere Beteiligung von Frauen an qualifizierten Arbeitsplätzen, insbesondere auch in technischen Bereichen, ist einerseits ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter, andererseits auch ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des heimischen Fachkräftepotenzials.

Österreich stellt mit wenigen anderen Staaten das Schlusslicht bei der Beschäftigung älterer Arbeitskräfte dar und hat daher

durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Information und Qualifizierung, den großen Aufholbedarf zu decken.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

**Unternehmen, Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Betriebsräte** müssen gemeinsame Lösungsstrategien zur Optimierung der Arbeitszeiten zum beiderseitigen Vorteil entwickeln und umsetzen.

**Unternehmen** müssen Programme zum längeren Verbleib älterer Personen und zur stärkeren Beteiligung von Frauen im Arbeitsprozess nützen.

Jede und jeder **Einzelne** nimmt als „Lebensunternehmerin“ bzw. „Lebensunternehmer“ Selbstverantwortung für die eigene berufliche Zukunft wahr und nützt damit seine/ihre individuellen Chancen.

Die **Politik** muss

- Rahmenbedingungen für mehr Flexibilität in der Arbeitszeit auf Betriebsebene schaffen.
- Es sind weitere Erleichterungen beim Fachkräftezugang aus Drittstaaten, insbesondere aus Erweiterungskandidatenländern notwendig.
- Österreich braucht eine weitere Reduktion der Arbeitszusatzkosten sowie eine Effizienzsteigerung in der Sozialversicherung.
- Die Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder unterstützt die notwendige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinderbetreuungskosten müssen sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber steuerlich absetzbar sein.
- Es sind effizientere Informations- und Motivationsangebote für Frauen notwendig, um auf qualifizierte Arbeitsplätze insbesondere auch in technischen Berufen vorzubereiten.
- Der längere Verbleib älterer Arbeitskräfte in der Arbeitswelt ist durch verstärkte Informationsangebote zur Arbeitsorganisation und Qualifikation zu unterstützen.

# SOZIALSYSTEME NACHHALTIG SICHERN

DIE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND DER MEDIZINISCHE FORTSCHRITT FÜHREN IN ÖSTERREICH – WIE IN ANDEREN ENTWICKELTEN VOLKSWIRTSCHAFTEN – ZU FINANZIERUNGSPROBLEMEN IN DEN SOZIALSYSTEMEN. ES LIEGT IM INTERESSE DER EINZELNEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER SOWIE DER UNTERNEHMEN, MASSNAHMEN FÜR EINE NACHHALTIGE SICHERUNG DER SOZIALEN EINRICHTUNGEN ZU SETZEN UND EINEN FAIREN LASTENAUSGLEICH ZWISCHEN DEN GENERATIONEN ZU GEWÄHRLEISTEN.

## FINANZIERBARKEIT UND QUALITÄT NACHHALTIG SICHERN

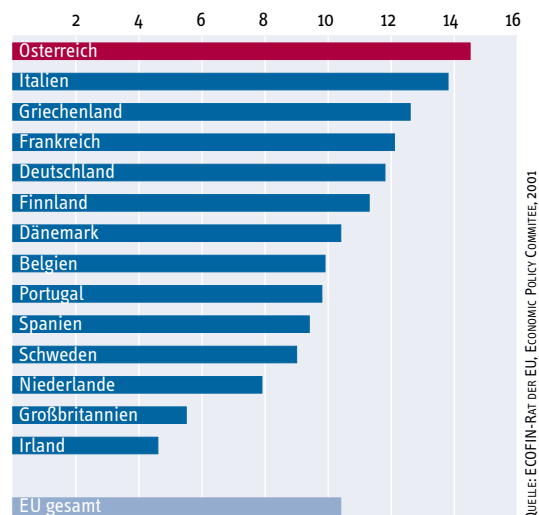
Sinkende Geburtenraten und steigende Lebenserwartung führen auch in Österreich zu einem dramatischen Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung: Immer weniger Erwerbstätige finanzieren auf Basis des Umlageverfahrens die Pensionen von immer mehr älteren Menschen. Neben der Altersversorgung bringt die Bevölkerungsentwicklung für die gesundheitliche Betreuung neue Herausforderungen, wobei die Steigerung medizinischer Standards schon heute ein bestimmender Kostenfaktor ist.

Das österreichische Sozialsystem rangiert im internationalen Leistungsvergleich im Spitzenfeld. Problematisch sind jedoch die im internationalen Vergleich äußerst geringe Erwerbsbeteiligung im pensionsnahen Alter, sowie der verbesserungswürdige Grad an Differenziertheit und Treffsicherheit von Sozialausgaben und Transfers. Besonders alarmierend sind auch die hohen Pensionsausgaben der öffentlichen Hand: Österreich bezahlt mittlerweile bereits über 14 % des BIP an staatlichen Pensions-

zuschüssen, dies ist der höchste Wert im Vergleich aller EU-Länder. Dieser Anteil soll nach offiziellen Hochrechnungen der EU noch weiter steigen und 2030 bereits – sofern keine nachhaltigen, strukturellen Reformen durchgeführt werden – über 18% betragen. Österreich würde in dieser wichtigen Zukunftsfrage damit auch in den kommenden Jahrzehnten EU Schlusslicht bleiben.

### SPITZENREITER BEI PENSIONS AUSGABEN

Staatliche Pensionszuschüsse für Personen über 55 Jahren in % des BIP, 2000



## ALTERSSICHERUNG AUSBAUEN, GESUNDHEITSSYSTEM OPTIMIEREN

Im Pensionssystem muss es zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den drei Säulen, der staatlichen Absicherung, der betrieblichen Vorsorge und der privaten Vorsorge kommen. Das damit verbundene höhere Maß an Eigenvorsorge im Alterssicherungssystem wirkt auch steigenden Lohnnebenkosten entgegen und ist damit geeignet, zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit zu Standort- und

Arbeitsplatzsicherheit beizutragen. Innerhalb der ersten Säule des Pensionssystems hat vor allem eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit Priorität.

Die demografischen Entwicklungen und der medizinische Fortschritt konfrontieren auch das Gesundheitssystem mit höheren Kosten. Es muss nun darum gehen, durch größtmögliche Effizienz in der Leistungserbringung – ohne Abstriche bei der Qualität der medizinischen Versorgung – den Kostenanstieg zu dämpfen. Dieses Ziel liegt im Interesse der Versicherten sowie der Unternehmen, die ja die Hälfte der Mittel der Krankenversicherung aufbringen. Zusätzlich muss es zu grundsätzlichen Reformen kommen. Schwerpunkte liegen in einer medizinisch und ökonomisch optimierten Aufgabenverteilung zwischen der ambulanten und stationären Versorgung, einer besseren Integration dieser Bereiche sowie einer bedarfsgerechten Kapazitätsauslegung und Regionalverteilung von Gesundheitseinrichtungen.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

---

**Unternehmen** müssen das neue Abfertigungsmodell nützen und die zweite Säule der Altersvorsorge gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufbauen.

Jede und jeder **Einzelne** muss das Alterssicherungs-Potenzial des neuen Abfertigungsmodells offensiv nutzen und mehr Eigenverantwortung für den persönlichen Lebensstil wahrnehmen.

Die **Politik** muss

- für eine Attraktivitätssteigerung der 2. und 3. Säule der Alterssicherung sorgen,
- Anreize für Prävention schaffen,
- Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit (durch neue Pensionsversicherungsformel, Präventivmaßnahmen gegen Frühinvalidität, Qualifizierung zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit, Förderung der Frauenbeschäftigung, Maßnahmen zur Verkürzung der Studiendauer) setzen,
- die Effizienz bei der Leistungserbringung steigern,
- die Aufgabenverteilung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung im Gesundheitsbereich optimieren und
- die Entscheidungs- und Finanzierungsstrukturen neu ordnen.

# NACHHALTIGKEIT IST MEHR ALS UMWELTPOLITIK

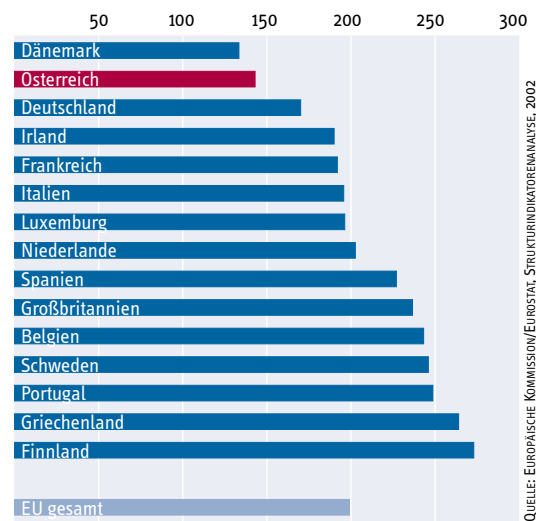
DIE ERHALTUNG DER UMWELTQUALITÄT UND EIN VERANTWORTUNGSVOLLER UMGANG MIT NICHT ERNEUERBAREN RESSOURCEN STELLEN FÜR DAS HANDELN DER WIRTSCHAFT UND DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER EINE UNVERZICHTBARE AUFGABE IM INTERESSE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN DAR.

## HOHE UMWELTSTANDARDS IN ÖSTERREICH

Österreich zählt zu den EU-Ländern mit den höchsten Umweltstandards und nimmt bei den öffentlichen und industriellen Umweltschutzaufwendungen einen

### ÖSTERREICH HÖCHST ENERGIEEFFIZIENT

Energienutzungsgrad der Wirtschaft: inländischer Gesamtenergieverbrauch, bezogen auf das BIP, 1999



Spitzenrang ein (Eurostat weist für Österreich mit 141 Euro pro Kopf und Jahr für die Industrie die höchsten Umweltschutzaufwendungen innerhalb der EU auf). Auch beim Benchmarking im Rahmen der Lissabon Strategie belegt Österreich im Umweltbereich den ersten Rang: So hat z.B. Österreich nach Dänemark den geringsten Energieverbrauch gemessen am BIP und liegt hinsichtlich des Anteils der auf der Schiene beförderten Güter im Spitzenfeld. Österreich ist in der EU mit Abstand das Land mit

dem höchsten Anteil erneuerbarer Energien. Als Problembereich, der an Bedeutung zunimmt, erweist sich allerdings der Verkehr.

## MEHR KOSTENEFFIZIENZ UND KOSTENWAHRHEIT

Damit Nachhaltigkeit gesichert ist, darf sich Politik nicht in „alter“ Umweltpolitik, isolierten Einzelmaßnahmen und bürokratischen Vorschriften erschöpfen, sondern muss eng mit wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen verzahnt werden. Kostenwahrheit, im europäischen Gleichklang realisiert, sollte die Grundlage einer nachhaltigen Umweltpolitik bilden. Umweltverbrauch muss sich in den Marktpreisen niederschlagen und damit die Knappheit von Ressourcen anzeigen.

Eine nachhaltige Umweltpolitik muss vom Prinzip der Kosteneffizienz geleitet sein: Ziele sollen mit minimalem Kostenaufwand erreicht werden. Das ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, die letztlich die Kosten einer ineffizienten Umweltpolitik durch eine Gefährdung der Arbeitsplätze und höhere Preise zu tragen haben. Um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten Österreichs und damit Wachstums- und Arbeitsplatzverluste zu vermeiden, muss Österreich auf „Golden Plating“, d.h. auf

weitere Verschärfungen gegenüber den EU-Vorgaben – etwa bei Ökosteuern – verzichten bzw. solche Verschärfungen zurücknehmen.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

---

Die **Unternehmer** müssen das Prinzip der Nachhaltigkeit im unternehmerischen Denken verankern. Die Verwendung erneuerbarer Ressourcen muss optimiert werden.

Jede und jeder **Einzelne** muss Nachhaltigkeit als Lebensprinzip im eigenen Interesse und im Interesse der nächsten Generation akzeptieren.

Die **Politik** muss

- die intensive Nutzung neuer marktwirtschaftlicher Instrumente (z.B. handelbare Zertifikate, flexible Kyoto-Instrumente) sicher stellen,
- bestehende Anreizsysteme (insbesondere Subventionen) auf ihre Umweltkompatibilität hin überprüfen (z.B. Landwirtschaft),
- das Instrument freiwilliger Vereinbarungen und damit des kooperativen Ansatzes stärken (z.B. EMAS),
- sich auf EU-Ebene stärker engagieren, um z.B. eine rasche Beschlussfassung über die geplante neue Wegekostenrichtlinie zu erreichen und
- die nationale Umsetzung europäischen Rechts beschleunigen, z.B. im Bereich der Schienenliberalisierung.

# ÖSTERREICH IM ERWEITERTEN EUROPA

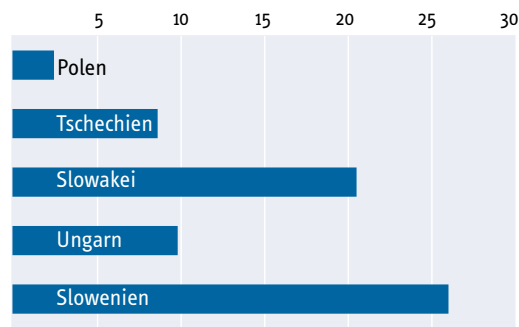
DIE EU-ERWEITERUNG IST NACH DER WEITGEHENDEN VOLLENDUNG DES EUROPÄISCHEN BINNENMARKTS UND DER EINFÜHRUNG DES EURO DAS DRITTE GROßE EUROPÄISCHE PROJEKT. SIE IST NICHT NUR EIN ÖKONOMISCH RELEVANTES VORHABEN, SONDERN EIN FRIEDENS- UND STABILITÄTS-PROJEKT VON HISTORISCHER TRAGWEITE: DIE ERWEITERUNG IST EINE JAHRHUNDERT-CHANCE FÜR UNTERNEHMEN UND BÜRGERINNEN UND BÜRGER.

## DIE ERWEITERUNG IST EIN NATIONALES ANLIEGEN ÖSTERREICHS

Österreich hat aufgrund seiner geopolitischen Lage – es grenzt an vier Beitrittskandidaten – und seines umfangreichen wirtschaftlichen Engagements in Mitteleuropa größtes Interesse an einer stabilen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Raum. Die in Kopenhagen beschlossene Mitgliedschaft unserer

### ÖSTERREICH INVESTIERT ÜBERDURCHSCHNITTLICH IN EU-BEITRITTSKANDIDATEN

Marktanteile Österreichs an den Direktinvestitionen in den angeführten Staaten



Nachbarländer in der EU ermöglicht diese Stabilität.

Wie Österreichs EU-Beitritt und der Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion, verlangt auch die EU-Erweiterung Anpassungen und kann kurzfristig bestimmten Gruppen Nachteile oder zumindest Unsicherheiten bringen.

## DIE WIRTSCHAFTLICHEN CHANCEN DER ERWEITERUNG NUTZEN

Die Erweiterung führt zu einer Stärkung der österreichischen Wettbewerbsposition durch die Übernahme der EU-Normen in den Beitrittsländern (Sozialstandards, Wettbewerbsrecht, Umweltstandards etc.). Bestehende Handelshemmnisse müssen abgebaut werden, die Kosten der Grenzkontrollen fallen weg, grenzüberschreitende Kooperationen in den aufstrebenden Wirtschaftsräumen, wie z.B. Wien/Bratislava/Brno oder Graz/Ljubljana werden erleichtert. Österreich profitiert besonders von der höheren wirtschaftlichen Dynamik der Beitrittsländer.

Eine vermeintliche „Überschwemmung“ des österreichischen Arbeitsmarktes wird – dies belegen eine Reihe von Untersuchungen – nicht stattfinden. Die vereinbarten Übergangsfristen für die Niederlassungsfreiheit von Arbeitskräften sollten viel flexibler gehandhabt werden. Österreich muss danach trachten, beim notwendigen Arbeitskräftezugang nicht zu kurz zu kommen. Je früher unser Land sich als attraktive Arbeitsplatzregion positioniert, desto kleiner werden die Arbeitskräftelücken sein. Österreich wird auf Grund der ungünstigen demografischen Entwicklung zusätzliche ausländische Arbeitskräfte benötigen, um sein Wachstumspotential nutzen zu können.

Zwar wird sich die Konkurrenz für grenznahe Gewerbe- und Handelsbetriebe verstärken, gleichzeitig bieten sich aber für solche Betriebe auch neue Chancen, mit

Qualitätsprodukten und -leistungen die angrenzenden Märkte, die durch steigende Kaufkraft gekennzeichnet sind, zu erobern.

## DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN CHANCEN WAHRNEHMEN

Neben der wirtschaftlichen Chance für Österreich lässt die Erweiterung der EU eine Reihe von positiven politischen Veränderungen erwarten. Diese Perspektiven sind mitzugestalten und die entsprechenden Möglichkeiten offensiv zu nutzen:

- Die Erweiterung dehnt die europäische Friedenszone auf Länder aus, die vor kurzem noch durch den „Eisernen Vorhang“ von uns getrennt waren. Die Einbindung der Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas wird die demokratische Kultur in den Kandidatenländern und europaweit stärken. Die Erweiterung erhöht auch die sicherheitspolitische Bedeutung Europas in der Welt.
- Die EU-Erweiterung wird weiteres solides Wirtschaftswachstum mit sich bringen, für die Kandidatenländer ebenso wie für die Mitgliedstaaten. Damit sinkt das Wohlstandsgefälle zu den künftigen Mitgliedsländern, Lebensstandard und soziale Sicherheit werden sich schrittweise dem EU-Niveau angleichen.
- Die EU-Erweiterung überbrückt die historische und kulturelle Kluft, welche die kommunistische Ära geschaffen hat. Die Vielfalt an Kulturen, Lebensweisen und Mentalitäten ist eine Stärke Europas. Sie ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung. Der Prozess der Integration Europas bietet die Chance neuer kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Partnerschaften.

## PROAKTIVES MITGESTALTEN DER POLITISCHEN AGENDA DER EU

Österreich hat seine durch den EU-Beitritt erworbenen Chancen und Möglichkeiten des aktiven Mitgestaltens der europäischen Politik bisher nicht ausreichend genutzt. Die österreichische Politik trat in der Vergangenheit zu verhalten und passiv auf, statt neue Ideen und Initiativen anderer Mitgliedstaaten zu unterstützen oder selbst – in Allianz mit gleichgesinnten Ländern – einzubringen.

Dass auch kleine Mitgliedstaaten in der EU eine gute Chance besitzen, ein größeres Gewicht in Brüssel einzubringen, als es ihrer geographischen Größe entspricht, zeigen die Beispiele Luxemburg oder Belgien mit ihrem im europäischen Sinne sehr geschickten und konstruktiven Verhalten. Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mit den angrenzenden Beitrittskandidaten legen es nahe, in Zukunft im mitteleuropäischen Raum auch politische Interessensallianzen aufzubauen und zu pflegen, um im erweiterten Europa den Interessen Österreichs stärkeres Gewicht zu verleihen. So liegen beispielsweise in der Standort- und Verkehrspolitik die gemeinsamen Interessen Mitteleuropas auf der Hand.

## WAS ÖSTERREICH TUN MUSS

---

Die **Unternehmen** müssen weiter die wirtschaftlichen Kooperationen über die Grenzen hinweg suchen und sich den neuen Märkten öffnen.

Jede und jeder **Einzelne** muss die EU-Erweiterung als wirtschaftliche und politische Chance für sich und Österreich wahrnehmen lernen.

Die **Politik** muss sich, freilich ohne Österreichs nationale Interessen zu vernachlässigen,

- als Anwalt der EU-Erweiterung engagieren und sich in und um Österreich für die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Chancen stark machen,
- Masterpläne für die Vorbereitung grenznaher österreichischer Regionen auf die Erweiterung entwerfen,
- grenzüberschreitende Regionalpläne mit den Nachbarstaaten unter den Beitrittskandidaten entwickeln,
- die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität in Hinblick auf den Fachkräftemangel bereits vor Ablauf der Übergangsfristen deutlich erleichtern,
- die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit österreichischer Unternehmen in Mitteleuropa (z.B. durch eine moderne Gruppenbesteuerung und die ständige Weiterentwicklung der Finanzierungs- und Garantieinstrumente) verbessern,
- die Internationalisierungsschritte österreichischer Unternehmen in Mitteleuropa über die gegenwärtigen Beitrittskandidaten hinaus unterstützen,
- den Standort Österreich für Headquarterfunktionen für den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum attraktiv ausgestalten und
- für den raschen Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur zu den Nachbarstaaten sorgen,
- die durch den EU-Beitritt erworbenen Chancen und Möglichkeiten des aktiven Mitgestaltens der europäischen Politik stärker als bisher nützen und
- dazu den Aufbau und die Pflege von politischen Allianzen mit anderen EU-Ländern, insbesondere aber mit den angrenzenden Beitrittskandidaten, intensivieren.

Das erweiterte Europa ist unter dem intensiven Engagement Österreichs auf einen Kurs zu führen, der es seine spezifische Rolle in der Triade (Amerika, Europa, Asien) einnehmen lässt: Diese ist gekennzeichnet durch die konsequente Umsetzung des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung in seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension.



## IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:  
Industriellenvereinigung  
Schwarzenbergplatz 4  
1031 Wien

Juni 2003